

Protokoll über die Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsdatum: Dienstag, den 28.05.2024
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:41 Uhr
Ort, Raum: Großer Sitzungssaal im Rathaus der Stadt Alfeld (Leine)

Anwesend:

Vorsitzender

Ratsherr Thorsten Dinkela

Beigeordnete

Beigeordnete Sandra Flake

Beigeordneter

Beigeordneter Peter Winkelmann

Mitglied

Ratsherr Paul Bieder

Ratsherr Marco Gravili

Ratsfrau Sonja Maria Lehmann

Ratsfrau Sabine Voshage-Schlimme

Ratsherr Karsten Wussow

Ratsherr Stephan Schaper

von der Verwaltung

Bürgermeister Bernd Beushausen

Herr Mario Stellmacher

Herr Thorsten Laugwitz

Herr Uwe Mönkemeyer

Herr Thomas Otte

Protokollführerin

Frau Susanne Meyer

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit des Finanzausschusses sowie der Tagesordnung

Herr Dinkela eröffnet die Sitzung des Finanzausschusses und begrüßt die Anwesenden.

Anschließend stellt er die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit des Finanzausschusses sowie die Tagesordnung fest.

2. **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Finanzausschusses am 28.03.2024**

Das Protokoll über die Sitzung des Finanzausschusses am 28.03.2024 wird einstimmig genehmigt.

3. **Bericht über die aktuelle Flüchtlingslage**

Herr Beushausen berichtet, dass sich zurzeit keine Veränderungen ergeben hätten.

Hinsichtlich der Wohnraumsituation stellt er klar, dass die Stadt Alfeld (Leine) kein Wohnraumkonzept benötige, da ausreichend Wohnungen bzw. Leerstände vorhanden seien. Diese Leerstände seien jedoch nicht für Vertriebene oder Geflüchtete geeignet. Engpässe gebe es teilweise bei sozialschwachen Personen.

Er appelliert daher an die Bürgerinnen und Bürger, leerstehenden Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

4. **Einwohnerfragestunde**

-keine Fragen-

5. **Überörtliche Kommunalprüfung gemäß §§ 1 und 4 Nds. Kommunalprüfungsgesetz durch den Nds. Landesrechnungshof; Vorlage: 358/XIX**

Herr Laugwitz berichtet über die überörtliche Kommunalprüfung durch den Nieders. Landesrechnungshof. Insgesamt sei die Prüfung gut verlaufen, lediglich einige wenige Anmerkungen habe es gegeben, und zwar zum einen sei unsere Entscheidung, welches Kreditinstitut den Zuschlag bekommt nicht nachvollziehbar und zum anderen seien zu viele Varianten bei der Kreditausschreibung genannt worden. Beide Anmerkungen werden in der Zukunft berücksichtigt. Die Kreditrehtlinien der Stadt Alfeld (Leine) wurden bereits im Dezember 2023 durch Ratsbeschluss entsprechend geändert.

Herr Wussow vertritt die Auffassung, dass der Bericht nicht negativ sei. Er möchte wissen, ob Kennzahlen genutzt würden.

Herr Laugwitz antwortet, dass die Kredite ausgeschrieben würden und sich dann eine Zinsmeinung gebildet werde. Er weist darauf hin, dass die Kommunen je nach Kapitalkraft unterschiedlich bewertet würden.

Herr Beushausen ergänzt, dass zurzeit noch keine Kennzahlen genutzt würden. Dies sei in Zusammenarbeit mit dem Rat der Stadt Alfeld (Leine) beabsichtigt, sobald die Jahresabschlüsse auf dem Laufenden seien.

Der Finanzausschuss nimmt den Prüfungsbericht zur Kenntnis.

6. **Maßnahmen der Stadt Alfeld (Leine) nach dem Niedersächsischen Gesetz zur Beschleunigung kommunaler Abschlüsse Vorlage: 360/XIX**

Herr Laugwitz nimmt auf die Vorlage Bezug und erläutert diese ausführlich.

Frau Lehmann sagt, dass rechtlich zwar alles möglich sei, sie jedoch Bedenken habe, wenn kein Rechenschaftsbericht abgegeben werde. Sie möchte wissen, wie die Kommunalaufsicht dies sehe.

Auch die Kommunalaufsicht muss sich an die geltenden Gesetze halten, antwortet Herr Laugwitz. Selbstverständlich würden dem Rat viele Abrechnungslisten und Übersichten zur Verfügung gestellt, damit die Transparenz erhalten bliebe. Nur die Erstellung des Rechenschaftsberichts könne nicht geleistet werden.

Herr Wussow fragt, wie sich der Zeitplan verändern würde.

Herr Laugwitz teilt mit, dass der neue Zeitplan zu den Haushaltsplanberatungen 2025 erstellt werden soll. Geplant sei, jährlich zwei Jahresabschlüsse zu erstellen.

Herr Schaper betont, dass es wichtig sei, dass der Rat über die einzelnen Ergebnisse informiert würde.

Herr Winkelmann vertritt die Auffassung, dass diese neue gesetzliche Regelung auf jeden Fall genutzt werden sollte, damit eine Grundlage geschaffen wird, wonach die Jahresabschlüsse zeitnah erstellt werden könnten.

Herr Dinkela schließt sich dem an und erklärt, dass es besser sei über aktuelle Jahresabschlüsse zu entscheiden als über alte, die aus einer anderen Ratsperiode stammen. Er empfiehlt, den Beschlussvorschlag anzunehmen, zumal es sich nur um einen begrenzten Zeitraum handele.

Beschlussvorschlag für den Rat der Stadt Alfeld (Leine)

1. Die Stadt Alfeld (Leine) sieht gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 1 NBKAG davon ab, bei der Aufstellung der Jahresabschlüsse für die Haushaltsjahre 2020 bis einschließlich 2022 den Anhang nach § 128 Abs. 2 Nr. 4 NKomVG zu erstellen.
2. Die Stadt Alfeld (Leine) sieht gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 2 NBKAG außerdem davon ab, die Teilergebnisrechnungen und Teilfinanzrechnungen gemäß §§ 52 und 53 NKomVG für die Haushaltsjahre 2020 bis einschließlich 2022 aufzustellen.
3. Die Stadt Alfeld (Leine) sieht gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 1 NBKAG darüber hinaus davon ab, für die Haushaltsjahre bis einschließlich 2020 nach § 128 Abs. 4 NKomVG einen konsolidierten Gesamtabschluss aufzustellen.
4. Die Stadt Alfeld (Leine) sieht gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 2 NBKAG schließlich davon ab, für die Haushaltsjahre bis einschließlich 2021 nach § 128 Abs. 6 Satz 3 NKomVG dem Konsolidierungsbericht eine Kapitalabflussrechnung beizufügen.
5. Für die Haushaltsjahre 2020 bis einschließlich 2022 wird gemäß § 2 NBKAG beschlossen, dass die Rechnungsprüfung abweichend von § 155 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG die Prüfung der jeweiligen Jahresabschlüsse 2020 bis einschließlich 2022 nicht umfasst.

-einstimmig-

7. **Bedarfszuweisungen wegen einer außergewöhnlichen Lage gemäß § 13 Abs. 1 NFAG; Zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen zum Erhalt weiterer Bedarfszuweisungsmittel; Erweitertes Haushaltssicherungskonzept 2024 ff.
Vorlage: 361/XIX**

Herr Laugwitz bezieht sich auf die Vorlage und erläutert diese ausführlich. Ferner weist er auf eine redaktionelle Änderung hinsichtlich der Stadtbücherei hin. Die Umsetzung der nicht wieder zu besetzenden Stelle kann erst im Jahr 2026 erfolgen. Der Plan verschiebt sich deshalb in diesem Bereich um ein Jahr.

Er macht deutlich, dass der Beratungszeitraum sehr eng sei. Die heutige Beschlussfassung für den Verwaltungsausschuss und den Rat der Stadt Alfeld (Leine) wird morgen unverzüglich an das Innenministerium und die Kommunalaufsicht des Landkreises mit der Bitte um Prüfung gesandt. Sollten die vorgeschlagenen Einsparmaßnahmen dort nicht anerkannt werden, hätten Politik und Verwaltung noch bis zur Ratssitzung am 19.06.2024 Zeit, weitere Änderungen am Haushaltssicherungskonzept vorzunehmen.

Herr Dinkela bringt zum Ausdruck, dass die von der Verwaltung vorgeschlagenen Konsolidierungsmaßnahmen alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Alfeld (Leine) beträfe. Keiner würde geschont. Die Stadt müsse dringend Geld sparen, auch wenn es wehtäte. Allein die Zinszahlungen würden in den nächsten Jahren immens steigen, so dass dringend eine Entschuldung erforderlich sei. Ansonsten würde die Stadt Gefahr laufen, in den nächsten Jahren zahlungsunfähig zu werden. Seine Fraktion werde daher dem erweiterten Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2024 im vollen Umfang zustimmen.

Herr Winkelmann erklärt, dass die SPD-Fraktion intensiv über die Einsparungsvorschläge diskutiert habe und zum Entschluss gekommen sei, dass der Erhalt der Bedarfszuweisungen im Hinblick auf die Zukunft der Stadt Alfeld (Leine) sehr wichtig sei. Wohlwissend, dass diese Maßnahmen tiefe Einschnitte bedeuten, werde auch die SPD-Fraktion zustimmen.

Herr Schaper schließt sich seinen Vorrednern an und sagt, dass die 1,7 Mio. mitgenommen werden müssten. Wenn es nicht getan würde, gebe es trotzdem Einschnitte. Aufgrund der Vielzahl der Maßnahmen träfe es alle Bereiche, so dass sich niemand benachteiligt fühlen könne. Letztlich sei das Gesamtergebnis am Wichtigsten.

Frau Flake führt aus, dass sich die CDU/FDP-Fraktion grundsätzlich auch anschließe, jedoch noch einige Fragen habe.

Sie gibt zu bedenken, dass der Brandschutz sehr wichtig sei und gerade bei den ehrenamtlichen Feuerwehren deshalb keine Kürzungen vorgenommen werden sollten. Sie schlägt vor, stattdessen eine Einsparung bei der Biodiversität vorzunehmen.

Herr Beushausen erwidert, dass nicht bei den Kosten des Brandschutzes eingespart werden soll, sondern bei den Vereinszuschüssen. Diese hätten mit dem Brandschutz nichts zu tun. Die Vereinskassen seien gut gefüllt.

Herr Stellmacher macht darauf aufmerksam, dass der Rat die Bezuschussung der Biodiversität mit jährlich 20.000 € beschlossen habe. Die Stadt habe in diesem Bereich einen Förderpreis bekommen und hoffe auf weitere Fördermittel.

Herr Dinkela erklärt, dass an dem Beschluss für die Artenvielfalt auch im Hinblick auf den Klimawandel auf jeden Fall festgehalten werden müsse.

Auch er sei auf die Feuerwehrkassen angesprochen worden. Die Vereine litten keine Not und die Kameraden hätten eingesehen, dass Einsparungen notwendig seien.

Herr Dinkela rät dringend davon ab, nun jeden Punkt zu diskutieren. Dies sei nicht zielführend.

Herr Wussow erkundigt sich nach Einsparmöglichkeiten bei den Hansetagen und dem Schnarchmuseum.

Herr Laugwitz verweist insoweit auf die Beschlussfassung in den Haushaltsberatungen.

Herr Dinkela bringt in Erinnerung, dass in 2 Jahren die Hansetage in Braunschweig stattfinden. Dies sei eine Chance für Alfeld, die genutzt werden sollte.

Herr Wussow möchte ferner wissen, warum die Sanierungskosten für eine zu schließende Sporthalle nicht sofort eingespart werden können.

Frau Flake erkundigt sich dazu, wie konkret die Schließungspläne seien und welche Halle geschlossen werden solle. Was geht aus den Nutzungskonzepten hervor?

Herr Beushausen antwortet, dass bereits in der letzten Ratsperiode das Nutzungsverhalten und der Bedarf ermittelt wurden. Dabei wurde festgestellt, dass eine Halle rein rechnerisch nicht mehr benötigt wird. Gerade in Gerzen und Sack seien Feuerwehrenteile enthalten, so dass eine Schließung nicht so einfach sei. Dies müsse im Fachausschuss erörtert werden. Evtl. sei eine Betriebsführung durch die Vereine – wie in Brunkensen – möglich.

Herr Laugwitz antwortet Herrn Wussow, dass es sich bei den 1,6 Mio. € Sanierungskosten um Investitionskosten handle.

Herr Dinkela weist abschließend darauf hin, dass – falls die Stadt Alfeld (Leine) den Betrag in Höhe von 1,7 Mio. erhält – die genannten Maßnahmen nicht eingespart sind, sondern noch ausgearbeitet und umgesetzt werden müssen.

Frau Flake dankt der Verwaltung für die umfangreichen Einsparvorschläge.

Herr Laugwitz dankt seinerseits der Politik für die konstruktive Zusammenarbeit und hofft auf die Akzeptanz des Innenministeriums. Sobald eine Rückmeldung erfolge, werde er unverzüglich die Fraktionen informieren.

Er weist darauf hin, dass das Ministerium die Maßnahmen überprüfen werde und dass die Verwaltung einen Haushaltssicherungsbericht schreiben müsse.

Übereinstimmend stellen die Ausschussmitglieder fest, dass es keine andere Möglichkeit gibt, als den Sparmaßnahmen zuzustimmen.

Beschlussvorschlag für den Rat der Stadt Alfeld (Leine)

Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) beschließt das erweiterte Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2024 und den Zeitraum 2025 – 2029 in der vom Finanzausschuss am 28.05.2024 beschlossenen Fassung.

-einstimmig-

8. **Übernahme einer Bürgschaft durch die Stadt Alfeld (Leine) gegenüber der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen für die Zulassung der Ärztinnen und Ärzte der MVZ Leinebergland gGmbH**
Vorlage: 359/XIX

Unter Bezugnahme auf die Vorlage erläutert Herr Beushausen diese ausführlich. Er betont dabei, dass eine Inanspruchnahme der Stadt Alfeld (Leine) äußerst unwahrscheinlich sei. Außerdem könne eine gGmbH nicht insolvent werden. Die Kommunalaufsicht habe bereits ein positives Signal gegeben. Eine schriftliche Stellungnahme stehe allerdings noch aus. Ferner wird die Gemeinde Freden die Stadt Alfeld (Leine) im Innenverhältnis für ihre drei beantragten Arztsitze freistellen.

Beschlussvorschlag für den Rat der Stadt Alfeld (Leine)

Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) ermächtigt den Bürgermeister eine selbstschuldnerische Bürgschaftserklärung für die Zulassung von insgesamt sieben Arztsitzen gegenüber der kassenärztlichen Vereinigung in einer Höhe von 2.100.000 € zugunsten der MVZ Leinebergland gGmbH einzugehen und entsprechende Schuldanerkenntnisse zu unterzeichnen.

Dieser Beschluss erfolgt zum einem unter der Voraussetzung, dass der Rat der Gemeinde Freden (Leine) wiederum einem Schuldanerkenntnis gegenüber der Stadt Alfeld (Leine) in Höhe von 900.000 € zustimmt. Einer entsprechenden Vereinbarung zwischen der Stadt Alfeld (Leine) und der Gemeinde Freden (Leine) wird in diesem Zuge ebenfalls zugestimmt.

Zum anderen erfolgt die Zustimmung unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Kommunalaufsicht zu diesem Verfahren.

-Einstimmig-

9. Mitteilungen der Verwaltung

-keine-

10. Anfragen

-keine

Herr Dinkela schließt die Sitzung des Finanzausschusses um 18:41 Uhr.

Vorsitzender

Aufgenommen

Bürgermeister

(Dinkela)

(Meyer)

(Beushausen)